

Wiesbadener Tagblatt.

48. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die
Post 1 Mk. 60 Pfg. vierteljährlich für beide
Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einspaltige Zeile für lokale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. —
Reclamen die Zeile für Wiesbaden 50 Pfg.,
für Auswärts 75 Pfg.

Anzeigen-Aufnahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 69.

Fernsprecher No. 52.

Samstag, den 10. Februar.

Fernsprecher No. 52.

1900.

Abend-Ausgabe.

(Nachdruck verboten.)

Zur Lage des höheren Lehrstandes.

Wieder einmal ist zu Beginn der neuen Sessionsperiode des preussischen Abgeordnetenhauses die Lage des höheren Lehrstandes Gegenstand einer theilweise leidenschaftlichen Diskussion geworden. Fernersehende könnten fragen: Wozu der Lärm, was sollen alle diese Klagen unzufriedener Schulmeister, denen erst vor wenigen Jahren die Staatsregierung durch eine staatliche Gehaltsverhöhung so freundlich entgegenkam? Und doch noch immer kein Genügen mit den erlangten Reichthümern, es ist doch ein arg begehliches Geschlecht! Nun, es war bald nach jener letzten Regelung der Gehaltsverhältnisse, da kam Dr. Heinrich Schröder, der streitbare Rikier-Schüler, der schon in früheren Broschüren mit Energie und größter Sachkenntnis für die Forderungen des höheren Lehrstandes eingetreten war, zu neuen überraschenden Ergebnissen, die bei Vielen ungläubiges Kopfschütteln erregen mußten. Aber die Zahlen sprachen un- widerleglich die schmerzliche Tatsache aus, daß der höhere Lehrstand von allen akademischen Berufen weitaus der aufreibendste ist, daß die preussischen Lehrer allermindestens 10 Jahre ihres Lebens den Verhältnissen, an die der Staat sie stellt, der übertriebenen Fiskalität zum Opfer bringen. Durch scharfsinnige statistische Untersuchungen war dies Resultat gefunden, das neue Forschungen (besonders Dr. Knipfels in Worms) durchaus bestätigten und auch für ganz Deutschland als richtig nachwiesen. In Preußen scheidet der höhere Lehrer durchschnittlich mit 52½ Jahren aus dem Amt, während der Jurist fast 7 Jahre länger seinen Berufspflichten nachkommen kann. Nur 1,53 pCt. der höheren Lehrer sind über 65 Jahre alt, während dagegen 8,8 pCt. des Richterstandes 65 Jahre und darüber zählen. Sehr eigenthümlich war nun die Behandlung, die von Regierungs- seite dieser sensationellen Schrift vom Abgeordnetenhaus zu Theil wurde. Einem Gerichtsassessor, Herrn Tilmann, Hilfsarbeiter im preussischen Unterrichtsministerium und Decernenten für die äußeren Verhältnisse des höheren Schulwesens, war die Aufgabe übertragen, sich zu äußern. In kühl abprechender Weise geschah das am 18. März 1899; einige Zahlen wurden als unrichtig bemängelt und Schröder sogar der tendenziösen Einstellung beschuldigt. Mit kräftigen Hieben wehrte sich der Angegriffene: Eine neue Broschüre: „Justitia rognorum fundamentum“, die zugleich ein Meisterstück frisch-fröhlicher Polemik zu nennen ist, ließ von den Behauptungen des sachkundigen Regierungsvertreeters auch nicht das Geringste bestehen: der Gerichtsassessor mußte sich nachweisen lassen, daß er Ansichten bekämpfte, die Schröder nie aufgestellt, und diese vermeintlichen Behauptungen durch Thatsachen zu widerlegen suchte, die der Gegner selbst nachgewiesen. Mit Recht war die Versammlung des rheinischen Provinzialvereins akademisch gebildeter Lehrer vom 9. Juli 1899 entschieden der Ansicht, daß das ganze Auftreten des Regierungs- kommissars und Gerichtsassessors Tilmann, ohne daß er es allerdings gewollt, der Sache des höheren Lehrstandes genügt und ihr noch mehr eifrige Vertheidiger zugeführt habe. Manches, sogleich damals schon die ruhig sachliche Ausführung des Ministers selbst, spricht dafür, daß die Regierung mit ihrem schnelligen Vertreter nicht ganz zufrieden war; jedenfalls wurden nun genaue Untersuchungen an- gestellt, um Klarheit über jene, wie auch die übrigen Be- hauptungen der Broschüre zu erlangen, und Schröder selbst glaubt, daß zweifellos die Unterrichtsverwaltung in dieser Lagung des Abgeordnetenhauses Herrn Tilmanns Vorgehen desavouiren wird. Das ist nun freilich sehr optimistisch gedacht, aber Etwas wird und muß geschehen, um den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Eine neue Schrift Schröders, die in den letzten Wochen unter dem Titel „Im Kampf um's Recht“ erschien, setzt die Diskussion polemisch fort. Sie weist zunächst nach, daß die sehr gebrechlichen Wägen dem Regierungsvertreter durch den Gehelmen Regierungsrath Dr. Legier, ordentlichen Professor der Nationalökonomie und Statistik an der Universität Göttingen, dargereicht waren. Auch die Angriffe dieses Gelehrten schlägt Schröder mit glänzendem Erfolge zurück und formuliert dann sein ceterum cunctis, die Bedingungen, deren Erfüllung allein eine wirkliche und dauernde Besserung der Verhältnisse herbei- führen kann. Die erste und wichtigste derselben ist eine Herabsetzung der Maximalstundenzahl für den Unterricht auf die in anderen Ländern Europas geltende Höhe: für Direktoren 6 bis 8 Stunden, Probekandidaten 12, die ältere Hälfte der Oberlehrer und die wissenschaftlichen Hilfs- lehrer 15, die jüngeren 18 Stunden als Höchstmaß. Wenn hier vielleicht zu lässig Unerschaffbares erstrebt wird, so sind doch sicher die Forderungen, die Professor Dr. Lohr in Wiesbaden, der Vorsitzende des Provinzialvereins für Hessen- Nassau, in seinem Rundschreiben an die Abgeordneten („Tägl. Rundschau“ vom 17. Januar 1900) stellt, das Mindeste, was an notwendigen Reformen zu beanspruchen

ist: eine Wochenstundenzahl von 20 Stunden, die für die älteren Lehrer auf 18 herabgesetzt wird. Das aber ist erfüllbar ohne allzugroßen pekuniären Aufwand, ebenso wie manche andere Erleichterungen des Dienstes. Dann aber bleibt doch auch jetzt noch die alte Frage bestehen, wann wird endlich das Versprechen erfüllt, das vor 54 Jahren die preussische Staatsregierung gab und das immer wieder in der Volksvertretung mahnend in Erinnerung gebracht wurde! Gleichstellung der höheren Lehrer mit den Richtern, auch nur der untersten Instanz! Glänzender als je ist die Finanzlage des Staats, wann sollen die Ver- tröstungen enden? Soll das System einer kleinen Sparfahne, das die Lebenskraft so vieler hochgebildeten Männer in aufreibendem Dienst zu früh erschöpft, immer weiter fortgesetzt werden? An den Abgeordneten ist es jetzt, zu reden und zu fordern, daß nichts beschönigt und be- mäntelt wird, und für das, was so klar als schwerer Noth- stand bewiesen ist, auch die rechten Heilmittel gefunden werden.

Das neueste englische Zugeständniß.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns unterm 6. d.: Als seiner Zeit das Samoa-Abkommen in England bekannt wurde, erklärte man daselbst hier allgemein als den Preis, den John Bull für Deutschlands wohlwollende Neutralität in dem süd- afrikanischen Krieg bezahlte. Gleichzeitig aber wurde der Voran- schuß gegeben, daß die Transvaalpolitik Chamberlains noch weitere verhängnisvolle Opfer kosten dürfte, denn da waren ja Frank- reich und Rußland, und selbst die geliebten Vettern, die Japanes, die alle nicht recht einsehen mögen, warum England sich fortwährend die Taschen füllen sollte, während alle Andern leer ausgehen. Jene Furcht hat sich inzwischen als nur zu begründet erwiesen, denn soeben kam aus Washington die Kunde, daß Lord Salisbury's Regierung in die Aufhebung des sogenannten Clayton-Bulwer-Vertrages willigte und dadurch auf ihr Recht ver- zichtete, einen durch den Abbruch von Panama zu stehenden Kanal in Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten zu kontrollieren. Alles, was England sich ausbedungen hat, ist, daß der kommende Nicaragua-Kanal, wie der Suez-Kanal, einen neutralen Wasserweg in Kriegs- wie Friedenszeiten bilde und seine Neutralität von den Staaten Europas gewährleistet werde. Die Amerikaner ver- pflichten sich, seine Ufer wie seine Zugänge zu beschützen, doch dürfen sie daselbst keinerlei Befestigungen bauen. Für die gewichtigen Rechte, die er aufgegeben, hat Salisbury offenbar auch nicht die geringste Gegenleistung verlangt, wenigstens keine, die in den Augen der Presse und des Publikums dem gemachten Zugeständniß auch nur im Entferntesten entspräche. Fast übereinstimmend erklären die heutigen Zeitungen, er hätte mindestens noch darauf bestehen müssen, daß die Japanes in die Schlichtung der Grenzstreitigkeiten von Alaska durch ein Schiedsgericht willigten. Vielleicht hat der Premier indes guten Grund, einen so hohen Preis für weiter nichts als die amerikanische Neutralität zu bezahlen. Wie überall in der zivilisierten Welt, sind die Sympathien des Volkes auch in den Ver- einigten Staaten zumeist auf der Seite der Dänen, und Mac Kinleys Regierung hat ihre liebe Noth, den Kongress wie den Senat von anti- englischen Demonstrationen abzuhalten. Daß sie das nicht umsonst thut, ist in unserm Zeitalter, wo der kommerzielle Geist Alles durchweht, nur natürlich, und es ist anzunehmen, daß Lord Salisbury nicht billiger anzukommen vermochte. Einmal plante England, die Durchschneidung des Isthmus, der den atlantischen von dem paci- fischen Ocean trennt, selber zu unternehmen, und bemächtigte sich aus diesem Grunde der Moskito-Insel. Damals stellten die Ver- einigten Staaten nur die einzige Bedingung, daß Schiffe, die unter dem Stern- und Streifenbanner segelten, freie Durch- fahrt durch den Nicaragua-Kanal hätten. Nach und nach wuchsen indes ihre Forderungen, und als sie schließlich auf die Kontrolle derselben Anspruch erhoben, drohten ernste Ver- wicklungen. Diesen wurde durch den Clayton-Bulwer-Vertrag vor- gebeugt, auf Grund dessen England den Kanal nicht nur in Ge- meinschaft mit den Vereinigten Staaten kontrolliren, sondern ihn auch mit ihnen zusammen bauen sollte. Die Ausführung des Planes wurde jedoch während der letzten fünfzig Jahre fortwährend ver- schoben, und nun hat England, von dem er ausging, ihn sogar vollständig aufgegeben. — Was mag wohl Rußland und was Frankreich bekommen haben? fragt nun natürlich hier Jedermann, und hier und da vernimmt man die Vermuthung, daß die Neutralität Rußlands mit seinen Erzeugnissen in Persien zusammenhängen dürfte.

Deutsches Reich.

Der zweite Tag der Flottendebatte.

Die heutige Fortsetzung der Flottendebatte im Reichs- tag verlief ebenso ruhig und unheimlich wie die gestrige. Deranthat, bot aber doch in den meisten Reden genug des ernstesten Interesses, vor Allem in den Reden des Grafen Posadowsky und der Abgg. Richter und Nidert. Daß die freisinnige Volkspartei eine Verstärkung der Flotte nicht unbedingt ablehnt, erklärte Richter im Namen seiner Fraktion mit einer Bestimmtheit, die man nach Allem, was aus der letzten Fraktionsberatung verlautet hatte, zwar zu erwarten hatte, die aber trotzdem Erstaunen machte. Nur eine gefühlige Festlegung lehnt die Fraktion ab. Praktisch bedeutet das ja, daß sie gegen die Vorlage stimmen wird und stimmen muß; denn was auch die Kommissions-Vorarbeiten ergeben mögen, so ist nicht vorzuzusetzen, daß die Marine- verwaltung von der geschilderten Festlegung abgehen wird. Eher dürfte sie sich ein paar Schiffe streichen lassen, wozu sie zuletzt auch genöthigt sein wird, da das Centrum doch irgend ein Zugeständniß bekommen muß, sei es auch mehr formaler Natur, um seine ausschlaggebende Rolle auch diesmal wieder durchzuführen. Der Abg. Nidert sobann war der Einzige, der die Deckungsfrage näher ins Auge faßte. Er wird kaum so optimistisch sein, schon für jetzt zu hoffen, daß

er mit seinem Vorschlag einer Reichs-Vermögenssteuer mit wechselnder Quote (sobald die Höhe nach dem jeweiligen Bedarf bemessen werden kann) das Herz des Bundesraths und des Centrums rühren könnte. Von einer direkten Reichssteuer, sie mag aussehen, wie sie will, hört man dort wie hier nur ungern sprechen. Auch Graf Posadowsky ging behutsam an dem heißen Thema vorüber, sonst aber zeigte seine Rede wieder einmal die Gewandtheit, die sich der Staatssekretär des Innern nach mancherlei an- fänglichen Mißgriffen zu erwerben gewohnt hat. Seine Aus- führungen waren besonders auf die süddeutschen Centrums- mitglieder und die Banernbündler berechnet, indem sie zum Erweise des wirtschaftlichen Aufschwungs Deutschlands reich- liche Zahlen aus der süddeutschen Handelsstatistik heranzogen.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Wie die „National- Zeitung“ zu melden weiß, ist der Kaiser vorgestern zweimal beim englischen Botschafter vorgeschritten. Der zweite Besuch währte eine Stunde.

Deutscher Reichstag.

© Berlin, 9. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Lesung des Flottengesetzes. Abg. Graf Arnim (Reichsp.) begrüßt die Vorlage mit Genugthuung darüber, daß die Regierung auf der Wort steht, auf daß dem Reich kein Schaden geschehe. Die Demokraten wollen er daran erinnern, daß sie früher für die Flotte gewesen seien, jetzt seien die Junker eher dafür zu haben, als die Herren links. (Beifall rechts.) Redner verwahrt weiter sich und seine Freunde gegen den Vorwurf der Vertheilung und be- rührt dabei auch die Kanalvorlage. Die konstitutionellen Bedenken gegen die Flottenvorlage seien hinfällig. Worn widerspreche denn diese Vorlage den Beschlüssen von 1898? Ganz unrichtig sei die Behauptung des Abg. Schädler, daß die Vorlage einen Umschwung bedeute von 1898 bedeute. Diese Bedenken seien ebenfalls unbedeutend. — Staatssekretär Posadowsky bemerkt, die Flotte besitze eine hohe Bedeutung für unser ganzes Verkehrsleben. Unsere Einfuhr an Rohprodukten für unsere Industrie habe in den Jahren 1889 bis 1898 500 Millionen Mark betragen und in demselben Zeitraum sei der Werth unserer Ausfuhr an Fabrikaten um 300 Millionen gestiegen. Schon im Interesse unserer Arbeiterbevölkerung müsse der Export gesichert und fester gestaltet werden. Ramentlich sei auch Süddeutschland an dem Export betheiligt. Wie relativ gering sei der Schutz unserer Rhebarren durch die Marine in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten. Redner bemerkt dann, man habe von den Diffamationen einzelner Bundesregierungen gesprochen, am- lich sei davon aber nichts bekannt. (Heiterkeit.) Sowohl in erster wie in zweiter Beratung habe der Bundesrath die Vorlage ein- stimmig angenommen. — Abg. Richter (frei. Volksp.) entgegnet auf die letzte Aeußerung des Staatssekretärs, amtlich nicht, aber vielleicht nichtamtlich. (Heiterkeit.) Die Flottenschwärmerei komme durchaus nicht von unten, sondern von oben. Damals dagegen sei von oben abgewiegelt worden, damals hätten die Schwärmer den Verlust ihrer Stellung riskirt. Redner wendet sich dann gegen die Abgeordneten Graf Arnim und Bassermann. Die Partei des Letzteren bezeichnet er als die organisierte Uneinigkeit. (Hebhohe Heiterkeit.) Herr Bassermann wolle doch nur einmal daran denken, wie er selbst von Parteigenossen angegriffen worden sei wegen seines Verhaltens zum Zuchtbaugesetz. Er, Redner, bedauere, daß der Abgeordnete Bassermann in einer so großen Frage eine solche Partei-Politik hervorgerufen habe, wie kein anderer Redner zuvor es gethan habe. (Sehr richtig.) Die heutigen Ausführungen des Grafen Posadowsky seien offenbar eine schöne Einleitung zu dem Gedanken über die neuen Handelsverträge, aber die Kriegsflotte sei doch in keiner Weise abhängig von der Handelsflotte, sondern die Kriegsflotte habe politische Zwecke. Je mehr Küsten ein Staat habe, desto größer müsse natürlich seine Flotte sein. Wenn dieser Flottenplan ausgeführt ist, wird die Marine auch im Frieden mehr Soldaten haben, als die gesamte deutsche Handels- flotte (hört, hört!). Die uns angeleitete Deutschrift weist die Steigerung des Seeverkehrs von 1896 bis 1899 nach, diese Steige- rung hat sich vollzogen in einer Zeit, wo man gerade von Seiten der Regierung beweglich klagt über Kriegernoth u. dgl. Diese Aus- dehnung ist auch keine selbständige Erzeugung des Seeverkehrs, sondern hängt zusammen mit dem ganzen wirtschaftlichen Auf- schwunge Deutschlands überhaupt, mit einer Besserung der wirt- schaftlichen Verhältnisse, der Verdüsterung, einer Steigerung des Konsums, welche ihrerseits betrübend auf andere Industrien einwirkte. Wer die See beherrscht, beherrscht den Handel und seine Schätze, hieß es; aber England beherrscht doch die See, und es hat in dem Seeverkehr von 1896 bis 1898 nicht so zugenommen; daselbst gilt von Frank- reich, und das beweist, daß jener Satz geradezu falsch ist. (Sehr wahr!) Soll eine neue Schlachtschiffe die Konkurrenz erleichtern? Ach nein, die Einmischung der Seemacht kann gerade das Selbstgefühl der anderen Nationen, die nationale Eifersucht wachrufen und so die Konkurrenz Deutschlands schädigen. (Sehr richtig!) Nach dem Zeugniß eines deutschen Beamten in Eng- land zu sehr auf die Macht, auf den Besitz der Kolonien verläßt und der Konkurrenz der anderen Nationen zu wenig Beachtung schenkt. Herr Bassermann hat sich auf die Vorgänge bei Manila und Samoa bezogen. Der Vice-Admiral a. D. Menning hat be- kanntlich in Wiesbaden in einer Flotten-Versammlung sich in ganz anderem Sinne als jene Herren geäußert; von einer Schmach in Samoa könne nicht gesprochen werden, man könne nicht gleich wegen Unfreundlichkeit demonstrativ vorgehen. Ähnlich hat er sich über Manila geäußert. Was Herr Bassermann über die Beschlag- nahme der Dampfer sagte, trifft auch nicht zu; die Beschlagnahme wurde nicht angeordnet von der englischen Centralbehörde, sondern durch dienstfertige Schiffskommandanten, die eventuell durch Denun- ziationen irre geleitet waren. Diese Schiffskommandanten konnten der Flottenagitation keinen größeren Dienst leisten, als bezahlte Agitatoren, und Mancher hat vielleicht innerlich gewünscht: Ach, daß die Beschlagnahme doch noch etwas länger gedauert hätte! (Heiterkeit.) Diese Zwischenfälle sind Ihnen gerade so zu Paß gekommen, wie ein Attentat zu Zeiten einer Umhurvorlage. Es finden sich immer Leute, die sagen, es müsse etwas geschehen. Es kam hinzu, daß es gerade die Engländer waren, welche diese Zwischenfälle hervor- riefen; aber aus solcher Stimmung heraus, so berechtigt sie ist,

engagiert man sich doch nicht für eine Milliardenpolitik, umso weniger, wenn man sieht, wie diesem Großstaat von zwei kleinen Staaten mitgespielt wird, daß es fast Mitleid erregt. Daß die Oesterreicher uns zu unserer Flottenvermehrung gratulieren, verstehe ich durchaus; das kostet ihnen gar nichts. (Große Heiterkeit.) In den industriellen Kreisen beginnt die Ermüderung in dem Maße, je eingehender finanziell der Sache auf den Grund gegangen wird. Ja, sagt Herr v. Levetzow, wer die Deckungsfrage in den Vordergrund schiebt, erschwert die Vorlage! Was würden Sie von einem Haushalter sagen, der, ebenso interpelliert, antworten würde: Sichern Sie mich doch nicht, das genügt mir ja im Ausgeben! (Große Heiterkeit.) Der Grundstock der preussischen und deutschen Kriegsschiffe ist nicht aus Anleihen hergestellt; bis jetzt sind bloß 400 Millionen Marineanleihen gemacht, noch nicht die Hälfte dessen, was der neue Plan für Neubauten verlangt. Von den 800 Millionen entfallen übrigens auf die ersten zehn Jahre nicht 400, sondern 600 Millionen (hört, hört!) und gerade die nächsten Jahre sind es, wo die Kapitalienziehung das wirtschaftliche Deutschland bei dem hohen Zinsfuß treffen muß, von dem alle Welt spricht, über den Herr v. Mikulowicz so wegschreit. Hier aber will man Anleihen leichten Herzens bewilligen, und im Hintergrund steht der Anleihenbedarf für die Kanalvorlage mit 485 Millionen und der Anleihenbedarf des Reichs, abgesehen von der Marine! Und dazu die Ansprüche und die Steigerung der Ausgaben für die Marine aus laufenden Mitteln! Graf Bülow hat bei einer Schiffstaube in Stettin von Handels- und Kolonialpolitik gesprochen. Der deutsche Handel ist ein gesunder Junge, die Kolonialpolitik ein sehr schwaches, aber auch sehr kostspieliges Kind. (Große Heiterkeit.) Es ist der Gedanke aufgetaucht, ob man nicht die Viebesgaben zu diesem Zweck etwas einschränken könnte; es ist das keine Kleinigkeit, es handelt sich um 86 Millionen jährlich. Wir stehen vor dem Abschlusse neuer Handelsverträge; gute Handelsverträge kann man nur abschließen mit einem vollen Beutel, sonst wird man jeden Zoll erst dreimal umdrehen, ehe man ihn ermäßigt, und das Drängen auf Schaffung neuer Quellen durch Erhöhung der Getreidezölle wird nicht abgewiesen werden können. Auen- schaff, großer Kreuzer, kleiner Kreuzer, das sind nur für den Augenblick gewissermaßen umgrenzte Begriffe, aber binnen wenigen Jahren können diese Begriffe, was den Kostenpunkt betrifft, einen ganz anderen Inhalt gewonnen haben; da hört denn schließlich jede Begrenzung der Ausgaben für die Zukunft auf. Herr v. Bülow habe neulich gesagt, er hoffe, der Reichstag werde für seine Schwester, die Flotte, sorgen, er habe aber übersehen, daß Germania noch andere Kinder habe, z. B. das Landheer, diesen ergeborenen Sohn, der hochaufgewachsen sei und guten Appetit habe (Heiterkeit) und als zweitgeborenen die Kolonien, welcher sehr anpruchsvoll sei und nichts einbringe, aber viel koste. Bei der Schiffsovermehrung falle auch der Schiffverlag in Betracht, für den schon ein Meierat besteht, der mit der Bewilligung von Neubauten konkurriert. Bis 1916 sind 46 Neubauten von U-Booten und großen Panzerschiffen vorgesehen, davon sind 27 Fertigbauten und nur 19 Vermehrungsbauten. Für jeden Fertigbau ist durch das Gesetz von 1898 ein ganzes Jahr vorgesehene. Sobald das Dienstalter eines Schiffes überschritten ist, wie es dort normiert ist, präsentiert die Regierung Jähren in denselben Jahre den Wechsel, den Sie gar nicht ablehnen können. Vom Jahre 1910 an fällt überhaupt jeder Spielraum für die Bewilligung fort, denn von da an geht es nur Fertigbauten. (Hört, hört!) Da kommt aber der Staatssekretär mit einem Plane, wegen dessen ich ihn geradezu bewundere. Die Fertigbauten sollen über das Dienstalter hinausgeschoben werden können. Neubau ist aber Neubau, und wenn der Reichstag sagt, ich will einen Vermehrungsplan in diesem Jahre nicht, dann präsentiert das Marineamt sofort einen Fertigbau, der sonst zurückgestellt würde. Beachten Sie wohl, im Jahre 1901 sind 4 U-Boote und 8 große Kreuzer-Fertigbauten fällig. Es ist das also hier, was man im Meierat eine Zwischstufe nennt. (Heiterkeit.) Ganz abgesehen davon hat die Sache zwei Seiten. Ein Termin ist doch immerhin eine gewisse Schutzgrenze gegen ein Drängen, noch vorher zu bauen. Jetzt, wo kein Termin gegeben ist, da wird der Flottenverein, der ja, wenn die Vorlage angenommen ist, sonst nichts zu thun hätte — höchstens könnten sie Langdrängen veranlassen (Heiterkeit) —, darauf drängen, daß das Ziel des Flottengesetzes früher zur Ausführung kommt, als nach dem Bauplan. Wir sind gegen eine gesetzliche Festlegung überhaupt. Man will das Eisen schmieden, so lange es warm ist, dem Reichstag Bände schmieden, aus denen er nicht wieder heraus kann. Der Plan ist von Herrn Tirpitz aus Ostasien herübergebracht, er ist geboren aus dem Mißtrauen gegen den Reichstag, als dieser 1897 eine Verstärkung des Extraordinariums statt von 30 auf 70 nur auf 58 Millionen bewilligen wollte. Andere Staaten kennen wohl Kreditgesetze für die Flotte, aber kein Staat kennt ein solches Meierat für Fertigbauten. Nun frage ich: Ist gerade die gegenwärtige Zeit geeignet, einen Schiffbauplan festzulegen auf 20 Jahre? Herr Hollmann, den wir alle als sehr liebenswürdigen Herrn in Erinnerung haben, hat uns einen Artikel zugesichert, in dem er ausführt, daß die Erfahrungen, die dem Flottenplan zu Grunde gelegt sind, nur Manöver-Erfahrungen sind. Auch sei in den letzten Seefleuten nur ein einziges zur Ausführung gelangt, Kreuzer und Torpedoflotte sind so gut wie gar nicht in große Aktion getreten. Redner erinnert daran, wie Admiral Hollmann damals eine Festlegung auf nur 10 Jahre als unmöglich bezeichnet habe. Meine Freunde werden, so schließt Redner, an Schiffen bewilligen, was möglich ist, aber aus finanziellen und materiellen Gründen können wir auf den Boden dieser Vorlage nicht treten. (Beifall links.) — Staatssekretär Tirpitz führt noch

mal aus, in militärischer Hinsicht reiche das bestehende Flottengesetz nicht aus, um den Gefahren zu begegnen, welche die Regierung erkannt zu haben glaube. Im Vergleich zu den stärksten Seemächten werde auch die nach der Vorlage neu zu schaffende Flotte immer noch nicht stark genug sein, immer noch keine feste Flotte darzustellen. (Lebhafter Beifall: Hört, hört!) Das Ziel der Organisation müsse festgelegt werden und das könne nur geschehen durch die Zustimmung des Reichstags zur Vorlage. Dem Herrn Richter werde von Niemandem im Hause das Zeugnis versagt werden, daß er sein ganzes reiches Können eingesetzt habe dazu, die Marine klein zu halten, oder, wie dies die Ansicht der Regierung sei, die Marine wehrlos zu halten. (Murmur links.) Die Gesandte werde noch einmal über die Gefährlichkeit des Herrn Richter ihr Urteil fällen (Lachen links). — Abg. Richter (frei. Ver.) erklärt, seine Freunde erkennen eine Vermehrung der Flotte über den Rahmen des 1898er Gesetzes hinaus für notwendig an, da sich die internationalen Verhältnisse seit zwei Jahren völlig verschoben hätten (Beifall rechts), aber er habe auch Ramens seiner Freunde zu erklären, daß dieselben in Form und Umfang ihre Entscheidung vorbehalten. Darin, daß die Deckungsfrage sehr wichtig sei, stimme er mit dem Centrum überein. Wichtig sei auch, daß die leistungsfähigsten Schuttern die Last tragen müßten. — Abg. Rott (Volk.) erklärt Namens seiner Fraktion, daß dieselbe gegen die Vorlage sei, und zwar aus denselben Gründen, wie im Jahre 1898. — Abg. Liebermann (Antif.) bemerkt, daß seine Freunde für Kommissions-Verweisung seien, weil diese Vorlage einer ganz besonders sorgfältigen Prüfung bedürfe. Er persönlich halte eine Vermehrung der Flotte angesichts der letzten Vorgänge für notwendig. Redner plaidiert noch dafür, bei der zweiten Lesung auch das Flottengesetz zu verabschieden. — Abg. Smalatz (Lithauer) verliest eine Erklärung zu Gunsten der Vorlage. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Fortsetzung der Verhandlung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 9. Februar.

Im Abgeordnetenhaus begann heute die Spezialberatung des Justiz-Gesetzes. Die Einnahmen wurden bewilligt. Nach längerer Debatte wurden die Titel, welche die Gerichtsvollzieher betreffen, an die Budgetkommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückverwiesen. Nachdem begann die Beratung des Titels Ministergehalt. Abg. Schmitz (Centr.) führt aus, daß die Finanzverwaltung es an der notwendigen Fürsorge für die Justiz fehlen lasse. Die Zahl der Richterstellen werde nicht entsprechend der Zunahme der Bevölkerung vermehrt, jedoch die Richter überlastet sind, zumal bei der Einführung des neuen bürgerlichen Rechts. Es müsse auch mehr geschehen, um die Richter schon auf den Unterständen, noch mehr aber nach Beendigung des ersten Examens für das praktische Leben vorzubereiten. Redner fragt dann über den Zwiespalt in der Rechtsprechung, der in den widersprechenden Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe zum Ausdruck komme. — Abg. W. e. h. (Lith.) wünscht, daß die studierenden Juristen, bevor sie an die Universität gehen, kleineren Amtsgerichten und anderen Verwaltungsbehörden einige Monate überwiesen werden, damit sie sich einige Kenntniss von den Dingen verschaffen, mit denen sie sich auf den Universitäten zu beschäftigen haben. Redner fragt dann über die mangelhafte Einrichtung der Gefängnisse. Es müsse verhindert werden, daß leichte Gefangene oder jugendliche Gefangene mit anderen zusammenkommen und durch sie dauernd verdozt werden. Weiter plaidiert Redner für die Einführung der Prügelstrafe bei bestialischen Missethätigen. Wer kalten Blutes seinen Mitmenschen nieder schlägt und sich an Frau und Kindern vergreift, darf nicht mit der bloßen Entziehung der Freiheit davonkommen. — Abg. Schall (Lith.) verlangt, daß der Staat mehr für die religiöse Fürsorge der Gefangenen, namentlich die jugendlichen, thue. Beiläufige Gefangene müßten auch weiblichen Unterricht haben. Hier biete sich ein weites Feld legendringender Thätigkeit für die Frau. Es müsse auch für ausreichenden Unterricht der jugendlichen Gefangenen gesorgt werden. Dem jugendlichen rohen Gewaltmenschen gegenüber sei auch die körperliche Züchtigung am Platze, wie auch das Hauptmittel zur Besserung der religiösen und sittlichen Erziehung sein müsse. — Abg. Risch (Centr.) schlägt sich dem Wunsche nach einer Reform der Strafvollstreckung bei jugendlichen Verbrechern an. Redner verlangt eine Ermäßigung der Gerichtskosten und kündigt einen Initiativantrag darüber an. Eventuell müsse von reichem Wobbel geschaffen werden. — Minister Schönerbecker erklärt es nicht für möglich, zu allen diesen Fragen zugleich im Rahmen der Staatsregierung Stellung zu nehmen. Eine stärkere Befehung der Gerichte sei allerdings wünschenswert, aber es komme dabei doch mehr auf den guten Willen der Studierenden an. Denn die Erweiterung der Zwangsfollegien möchte er mit Rücksicht auf die damit gemachten Erfahrungen nicht empfehlen. Nicht alle würden in der Lage sein, die mit der Beschäftigung verbundenen Kosten zu tragen. Er würde es aber gerne sehen, wenn die Studirenden freiwillig Gelegenheit nehmen wollten, sich vorübergehend in anderen Lebensstellungen, in der Kommunalverwaltung, im Bankgeschäft etc. zu betätigen, oder daß sie sich im Auslande umsehen. Beurteilungen zu diesem Zweck würden von ihm gern erteilt werden. Daß die Entscheidungen der Landeskompetenzgerichte sich nicht immer mit denen des Reichsgerichts decken, sei eine bedauerliche Thatsache. Es gebe Juristen, welche die Entscheidung ferner, und es gebe Juristen, welche die Entscheidung dieser für bindend erklärten. Einzelne Bundesstaaten haben die

Sache gesetzlich zu Gunsten des einen oder anderen Gerichts geregelt, und wir werden ebenfalls darum nicht herumkommen. Er habe das Staatsministerium darauf aufmerksam gemacht und glaube, daß es sich demnächst mit dieser Frage befassen werde. Es sei gesagt worden, daß ein angelegener Anwalt an das Kammergericht berufen worden sei. Es gereiche ihm zur Befriedigung, daß der betreffende Herr sich dazu habe bewegen lassen, und er würde es für erwünscht halten, wenn auch andere hervorragende Anwälte die gleiche Bereitwilligkeit erklärten. Die Verwaltung werde aber selten geneigt sein, die damit verbundenen pekuniären Opfer zu bringen. Auf weniger hervorragende Mitglieder der Anwaltschaft zurückzugreifen, die in ihrem Beruf vielleicht nicht die Befriedigung oder Anerkennung gefunden haben, die sie erwartet haben, würde er mit Rücksicht auf den zahlreichen Nachwuch, der zu Gebote stehe, für bedenklich halten. Die angehenden Juristen eine kurze Vorbereitungszeit durchmachen zu lassen, würde schließlich den gewünschten Erfolg haben. Die Strafvollstreckung habe viele Mängel, die Regierung sei aber bemüht, hier zu bessern, und sehe auch darauf, daß speziell die jugendlichen Gefangenen den notwendigen Unterricht und die gottesdienstliche Pflege erhalten. Die Prügelstrafe ist ein eigenes Thema, zu dem der einzelne Minister nicht Stellung nehmen soll, zumal sie der Reichsregierung unterliegt. Ueber die Zulässigkeit dieses Strafmittels hat die Meinung in den letzten Jahrzehnten gewechselt, und in vielen Kreisen besteht die frühere Abneigung nicht mehr. Aber wir müssen damit rechnen, daß die Ueberzeugung solcher Gedanken in Gesetzesparagraphe grobe Schwierigkeiten macht. Besteht etwa die Meinung, daß auch in der Armee die Prügelstrafe werde eingeführt werden, oder soll ein Unterschied gemacht werden zwischen Verbrechern der Armee und denen, die der Zivilbevölkerung angehören? Wird sich auch das notwendige Personal finden, das sich dazu hergiebt, die Strafe zu vollziehen? Ist das auch den weiblichen Personen gegenüber angebracht? So kommen die Schwierigkeiten, je mehr man der Sache näher tritt. — Die Neuordnung der Gerichtskosten werde dem Haus im nächsten Etat zugehen. Das Ministerium sei zu sehr überlastet gewesen mit anderen Arbeiten, um sie schon für diese Session vorzubereiten. Morgen 11 Uhr: Fortsetzung.

Ausland.

* Oesterreich-Ungarn. Der „Neuen Freien Presse“ wird von diplomatischer Seite berichtet, daß der Besuch des Prinzen Heinrich in Wien eine hochpolitische Bedeutung habe. Dieser Besuch solle neuerdings bekräftigen, daß das deutsch-österreichische Bündnis ungeachtet fortbestehender und daß die zwischen den beiden Ländern bestehende Intimität unerschütterlich fortdauern.

* Egypten. Wie aus Alexandria gemeldet wird, dauert die Reiterei der Truppen im Sudan fort. Lord Cromer hat bisherhalb mit dem Aedive eine enge Unterredung.

Der Krieg in Südafrika.

Die neueste Niederlage Bullers bestätigt!

wh. London, 10. Februar. Eine Meldung des „Bureau Reuter“ über Lourenco Marques aus dem Hauptquartier der Buren bei Babynith vom 8. Februar besagt: Die englischen Truppen, welche im Besitz des Molenpruit-Kopfes waren, gaben ihn heute früh wieder auf, nachdem die Artillerie der Buren das Kopfe bombardiert. Die Engländer zogen sich über den Zugula in ihre alten Stellungen zurück. Heute früh wurde am Zugula mit Unterbrechungen eine Kanonade unterhalten. (Wenn diese Nachricht, woran nicht zu zweifeln ist, vom Kriegssamt bestätigt wird, so ist der dritte Versuch Bullers, Babynith zu entsetzen, ebenfalls gescheitert. Welche Verluste der Kampf gekostet hat, und was die Folgen des neuen schweren Schlags für die Engländer sein werden, darüber sind bisher keine Nachrichten eingelaufen.)

Berlin, 9. Februar. Informierte Kreise wollen wissen, daß die zweite Niederlage der Engländer am Zugula weit schwerer gewesen sei, als zunächst an der war. Hunderte von Briten seien in den Fluß hinabgetrieben, was dafür spräche, daß die geschlagenen Engländer von den Buren bis in den Zugula gedrängt worden seien. — Einer Meldung aus Roboosberg vom 8. Februar zufolge hatte die Hochländer-Brigade gestern ein ziemlich schweres Gefecht gehabt. Die Buren machten einen scharfen Versuch, die Engländer von den Hügel zu verdrängen. Es entspann sich ein harter Kampf, der den ganzen Tag andauerte. Nach Eintritt der Nacht verließen die Buren den Kampfsplatz.

wh. London, 10. Februar. Spät Nachts circularisierte im Unterhaus das Gerücht, die Regierung habe die Befestigung von der Niederlage Bullers erhalten. Die Minister sollen sich in äußerst gedrückter Stimmung befunden haben.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

wh. London, 9. Februar. Das Reuter'sche Bureau meldet aus dem Hauptquartier der Buren vor Babynith vom 7. d. d. Die Buren feuerten gestern auf einen Pongezug, welcher sich von Chivelev in der Richtung nach Colenso begeben wollte. Der Zug, in welchem sich 2000 Mann (?) befanden, war infolge dieses Angriffes genötigt, nach Chivelev zurückzukehren. Bei Colenso und am oberen Zugula wird seit heute früh 5 Uhr gekesselt.

wh. Berlin, 10. Februar. Der „Local-Anzeiger“ meldet aus London: Aus Kapstadt wird gemeldet: Der von den Buren am Klipfluß gebaute Damm, welcher den Zweck hatte, Babynith unter Wasser zu legen, sei von der Strömung fortgerissen worden.

Königliche Schauspiele.

Freitag, den 9. Februar: „Die versunkene Glocke“. Ein deutsches Märchen in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Hauptmanns „Versunkene Glocke“ kann bei uns mehr, als anderswo, den Anspruch erheben, als eine „Jahreskomödie“ angesehen zu werden. Wie es scheint, taucht sie hier mit ihrem ganzen großen schriftlichen Apparat und in der Pracht ihrer Ausstattung nur dann wie durch einen Zauber aus der Verborgenheit auf, wenn es gilt, irgend eine Debitantin für das Fach der Nerven, das durch den Fortgang des Fräulein Stehle an das Hoftheater in Schwerin auf den Herbst frei wird, zu prüfen. Diesmal war das neue Probe-Mantelkleid, Fräulein Hanna Kraus, vom Bessing-Theater in Berlin, freilich besser als das letzte. Die blegame, schlanke und anmutige Erscheinung der Künstlerin, die in der Bewegung allerdings noch ein wenig tritt und edig erschien, stützte in ihrer Körperlichkeit wenigstens nicht die Illusion, ein elbisches Wesen vor sich zu haben, eine Illusion, die für uns schon aufhört, wenn dies Wesen auf großem Fuße lebt und an runderlicher Güte mit einem Berben Bauernmädchen wetteifern kann. Fräulein Kraus hat demnach recht wenigstens im ersten Akt, mit Verstand und zeigte sie und da daß sie auch über weiche Empfindungsorgane verfügt und eine poetische Auffassung besitzt. Ein helles und deutliches Organ kam ihr dabei zu Gute. Aber es scheint doch, so viel wir nach dem urtheilen können, was wir von ihrem Mantelkleid sahen, das Beste ihrer Kunstschaff noch im Werden begriffen zu sein; den geistigen Gehalt dieser Rolle kann sie wohl noch nicht gänzlich erschöpfen. Uns will es aber bedünken, als würde sie etwa einen schnippschen Nachschick recht nett spielen können, wenn ihr die Größe der Erscheinung nicht hinderlich ist, und als wenn einwillen das Feld der jugendlichen Nerven ihr Feld wäre. Ihre ganze Veranlagung scheint darauf hinzudeuten; ein definitives Urtheil würden wir uns erst dann erlauben können, wenn wir die hoffnungs- volle junge Künstlerin noch in der einen oder anderen modernen Rolle gesehen hätten.

Sch. v. B.

Aus Kunst und Leben.

* Königl. Schauspiele. (Spielplan.) Sonntag, den 11. Februar, Anfang 3 Uhr Nachmittags (4. Volksoffnung): „Der Freischütz“. Abonnement A, 32. Vorstellung, neu einstudiert: „Jäger- blut“. Der Kgl. Bayr. Hofschauspieler Herr Konrad Dreher als Gast. Anfang 7 Uhr. Montag, den 12.: V. Symphonie-Konzert. Anfang 7 Uhr. Dienstag, den 13. Abonnement C, 32. Vorstellung: Schauspiel. Mittwoch, den 14. Abonnement B, 32. Vorstellung: „Die Stumme von Portici“. Anfang 7 Uhr. Donnerstag, den 15. Abonnement D, 32. Vorstellung: „Der Freischütz“. Anfang 7 Uhr. Freitag, den 16. Abonnement A, 33. Vorstellung (auf Begehren): „Der Freischütz“. Der Schauspiel-Direktor. Anfang 7 Uhr. Samstag, den 17. Abonnement B, 33. Vorstellung, zum ersten Mal: „Jugend von heute“. Anfang 7 Uhr. Sonntag, den 18. Anfang 3 Uhr Nachmittags (5. Volksoffnung): „Als ich wiederkam“. Abonnement C, 33. Vorstellung: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Anfang 6 1/2 Uhr. Montag, den 19. Abonnement D, 33. Vorstellung, zum ersten Mal wiederholt: „Jugend von heute“. Anfang 7 Uhr. * Die dritte Quartett-Soirée des Nuremberger-Quartetts fand am Freitag, den 9. Februar, statt. Außer den Herren Konrad Dreher, Th. Schäfer, W. Sadony und J. Schöner waren diesmal noch die Herren Ferner als zweiter Violoncell und als gütig Mitwirkender Herr Winkler Direktor D. Spangenberg an der Aufführung beteiligt. Die erste Nummer bildete Mozarts wundervolles Quartett in F-dur. Das Werk wurde im Ganzen recht sauber und glatt zu Gehör gebracht, die verschiedenen Sätze der einzelnen Instrumente traten schön hervor; die erste Violine hatte vielleicht ein wenig zu viel, die zweite Violine mehr dominieren können. Es folgte hierauf eine Novität, genannt: Walzer-Märchen für Klavier, Violine und Violoncell op. 54 von E. Schütz. Es scheint uns doch ein etwas gewagtes Experiment, ein mehrstimmiges Kammermusikwerk auf Walzermotiven aufzubauen zu wollen. Wahrscheinlich in dieser Erkenntnis hat denn auch der Komponist nur drei Sätze geschrieben, die außerdem alle ziemlich kurz gehalten sind. Auf das Publikum konnten wir keinen Eindruck machen, da es durchweg sehr einseitig und wohlklingend gehalten ist; ein besonderer musikalischer Wert ist wohl nur dem ersten Satz: „Allegro moderato“ beizulegen. Gekloppt wurde das Werk aus- gegeben, ganz dem Titel entsprechend; um die elegante Aus-

führung der Klavierpartie machte sich Herr Direktor Spangenberg hoch verdient. — Das meiste Interesse nahm wohl die zweite Novität: Quintett für 2 Violinen, Viola und 2 Violoncelli (G-moll) op. 62 von August Klugardt in Anspruch. Der bekannte Dessauer Hofkapellmeister, welcher kürzlich von der Universität Erlangen zum Ehren doktor ernannt worden ist, hat in den letzten Jahren besonders viel von sich reden gemacht; man konnte daher auf dieses neue Kammermusikwerk recht gespannt sein. Wir müssen aber leider gestehen, daß wir arg enttäuscht worden sind. Abgesehen von dem stark ausgeprägten Jäger-Typus des ersten und letzten Satzes, leidet die Komposition fast in allen Theilen an einer Mangelhaftigkeit der Motive und Verfahrenheit in der Darstellung, die ein ruhiges Verfolgen gar nicht aufkommen läßt. In erster Linie selbst darunter der zweite Satz: „Anbante“. Derselbe ist aus einer großen Anzahl Motiven zusammengeklüppelt, die gar keine Beziehungen zu einander haben; ab und zu wird auch einmal ein Anfang zu einem Fugato genommen, das aber schon nach wenigen Takt in dem Sand verläuft. Ebenso gequält sind die Harmonisierungen; ein E-dur-Accord mit Fermate, darauf ein G-moll-Accord mit bito, dann Fortsetzung in H-dur, und Alles dieses ohne logischen Zusammenhang. Der letzte Satz ist eigentlich nur eine neue Auflage eines E-durischen Rhapsodie-Schlusses. Das Quintett, welches natürlich sehr viele Schwierigkeiten bietet, wurde von den Künstlern mit großem Heroismus zu Ende geführt, schade um die viele Mühe und den großen Fleiß, welchen die Herren darauf verwendet haben. Immerhin muß man dieser hochverdienten Quartett-Vereinigung für die Bekanntheit mit dem Werke dankbar sein.

* Verschiedene Mittheilungen. Herr Konrad Dreher muß voraussichtlich schon morgen Sonntag, den 11. Februar, sein diesmaliges kurzes Gastspiel hier befehlen, da ihn anderweitige Verpflichtungen binden. Zur Aufführung gelangt das frische und urwüthige Volksstück von Handengger „Jägerblut“, das überall einen außerordentlichen Beifall gefunden hat und von dem Künstler selbst für die Darstellung eingerichtet worden ist. Der Vorhader Jangert, den Herr Dreher hier bisher noch nicht gespielt hat, zählt zu seinen berühmtesten und glänzendsten Rollen.

Der zweite Richtigkeits-Vortrag des Fräulein Dr. Mensh wird, wie aus der Annonce ersichtlich, am Montag, den 12. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Rathhauses stattfinden. Das Thema lautet diesmal: „Richtigkeits und die Kunst.“ Zwei weitere Vorträge werden folgen.

Gesellschaft „Floria“.



Morgen Sonntag, den 11. Februar,
von Nachmittags 4 Uhr ab:

Humoristische Unterhaltung mit Tanz
im Saale „Zum Burggraf“, Waldstraße, wozu
freumblichst einladet
Der Vorstand.

Gegen

Sprödigkeit der Haut

von Gesicht und Händen ist das angenehmste und
wirksamste Mittel meine **Honig-Glycerin-
Crème**. Dieselbe verursacht kein Brennen der
Haut, macht diese sammetweich und wird von
ihr vollständig absorbiert, ohne sie glänzend oder
fettig zu machen. Meine **Honig-Glycerin-
Crème** ist daher namentlich allen denen zu
empfehlen, welche in Folge der täglichen Be-
schäftigung ihre Hände nicht schonen können,
aber trotzdem auf eine gute Pflege derselben
Werth legen müssen. Tube 0.50 Mk., 3 Tuben
1.25 Mk.

Ausserdem empfehle ich: Glycerin, Lanolin,
Glycerin-Balsam, Veilchen-Crème, Cold-Cream,
Vaselin etc. etc. 1831

Dr. M. Albersheim, Fabrik feiner
Lager amerikan., deutscher, englischer und
französischer Specialitäten, sowie sämtlicher
Toilette-Artikel.

Wiesbaden (Park-Hotel),
Wilhelmstrasse 39.
Frankfurt a. M., Kaiserstrasse 1.

Cognac, Specialmarke Kaiserblume, hochfein,
gesetzlich geschützt,

F. J. Therstappen, München-Gladbach,

empfiehlt in Flaschen von Mk. 1.— bis 4.— 1819

C. Brodt, Albrechtstrasse.

Etincelle, p. Flasche Mk. 1.70,

ist ein in jeder Beziehung vorzüglicher, sehr preiswerther
und worauf ganz besonders aufmerksam mache, mit natür-
licher Flaschengährung hergestellter Seet. Durch Be-
gossen mit ganz kleinem Verdienst ist es möglich, einen solchen
Seet, welcher theuere Marken ersetzt, zu diesem billigen Preis
zu liefern. Preis bei 12 Flaschen, einz. Flasche 10 Pf. mehr. 1871
F. A. Dienstbach, Rheinstrasse 82.

80 Pf. Reiner Bienen-Honig per Pfund.
Drogerie Fr. Rempel, Neugasse,
Ecke Mauerg. 1889

Vino Vermouth !!! di Torino

das vorzüglichste und bewährteste Getränk zur Stärkung
des Magens vom ersten Hause **Martini & Rossi**,
Torino, empfohlen im Alleinverkauf — Originalpackung —
Mk. 1.60 pro Flasche excl. Glas. 17085

W. Nicodemus & Co.,
Adelheidstrasse 21.

Gänzlicher Ausverkauf

meines Strumpfwaren-Lagers.

Da bis Ende März geräumt sein muss, verkaufe Strümpfe, Jacken,
Hosen, Socken u. s. w.

bedeutend unter Fabrikpreisen.

Laden-Einrichtung (Reale, 3 Glasschränke, ein 3-armiger
Gasthüter) zu verkaufen. 1696

Langgasse 31.

C. A. Feix.

Langgasse 31.

Grosser Räumungs-Verkauf ächter Teppiche.

Um vor dem Eintreffen der neuen

grossen Orient-Teppichsendungen

mein Lager in ächten Teppichen thunlichst zu vermindern, gewähre ich auf sämtliche Stücke, als:

Zimmerteppiche in jeder Grösse, Vorlagen, Gebetteppiche, Läuferteppiche, ferner auf Kelims,

Portiären, Divandecken, Flügeldecken, Stickereien u. s. w.

= einen Rabatt von 10 Procent =

auf meine anerkannt mässigen und realen Preise.

Jedes einzelne Stück ist in Ziffern deutlich ausgezeichnet. 1566

Ein kleiner Posten **Kasak-Teppiche** (ca. 1,50 x 2,50 Meter) ganz unter Preis.

Nathan Hess,

Königlicher Hoflieferant,

Wilhelmstrasse 12.

Wilhelmstrasse 12.

Weltbund zur Bekämpfung der Vivisektion.

Abtheilung Wiesbaden.

Der Vorstand der Abtheilung Wiesbaden hat folgendes Schreiben an das kgl. preussische Staatsministerium zu Händen des
Vize-Präsidenten desselben, Herrn Dr. v. Riquel, gerichtet:

Wiesbaden, den 8. Februar 1900.

Hr. Excellenz

dürften davon Kenntnis haben, daß seit einer Reihe von Jahren
Bereinigungen zum Schutze der Thiere gegen diejenigen Quälereien
bestehen, die unter dem Namen der **Vivisektion** begriffen werden.
Diese Agitation gegen eine grausame, die Ausübenden selbst ent-
setzliche Thätigkeit zur angeblichen Gewinnung von Resultaten
für die ärztliche Praxis hatte vor 15 Jahren den Erfolg, daß
der damalige preussische Kultusminister die Vivisektion an den
Universitäten unter eine gewisse Aufsicht stellte u. sie — unter Aus-
schluß der Studierenden — nur Professoren u. Dozenten
gestattete, woraus vernünftiger Weise folgen sollte, daß sie umsomehr
auch für Andere zu beschränken oder zu verbieten sei.

Dem ist aber nicht so.

Denn obgleich der Erlass des Kultusministers vom Januar 1885
im Ministerialblatt veröffentlicht wurde u. es somit scheinen könnte,
als ob derselbe auch im Bereiche des Ministeriums des Innern,
d. h. der Polizei-Organe Geltung habe, so verpflichtet dieser Erlass
in Wahrheit nur die Beamten des Kultusministeriums u. keinen
Anderen; die Polizei ist somit sonstigen Vivisektoren gegenüber

einfach machtlos, denn es kann, bei der heutigen Lage der Gesell-
schaft, außer den Professoren u. Dozenten der preussischen
Universitäten jeder Arzt oder Nichtarzt nach Belieben u. ohne jede
Aufsicht u. Beschränkung vivisizieren, wofür er es nur (was nicht
schwer ist) vermeidet, daß der Tierquälerei-Paragraf auf ihn An-
wendung finde.

Ist das nicht ein offenkundiger Widerspruch? Der Erlass des
Kultusministers ist gewiss nicht ohne die triftigsten Gründe gegeben
worden, u. diese werden durch die fortwährende, unglaublich maß-
lose Handhabung der Vivisektion immer aufs Neue bestätigt, wozu
als ein Beweis die anbei gegebenen Schriften dienen.

Es ergeht deshalb an das preussische Staatsministerium von
Seiten des „Weltbunds zur Bekämpfung der Vivisektion“ die ergebene
Bitte, solange nicht die ganze Frage der Vivisektion durch Reichs-
gesetz erledigt ist, die erwähnte Verfügung des Kultusministeriums
auch auf die übrigen Ministerial-Resorts, insbesondere aber auf
die Polizeiverwaltungen, auszuweiten.

Zu Euer Excellenz haben wir das feste Vertrauen, daß Sie
im Interesse der Humanität u. Sittlichkeit nicht ermangeln
werden, dies Gesuch zu prüfen u. einer günstigen Entscheidung
zuzuführen. P 443

Es bleibt abzuwarten, ob und welche Schritte das Staatsministerium thut, um den geschädigten Thieren ein Ende zu
bereiten. Jedenfalls aber mögen alle Freunde unserer Sache auch fernerhin uns durch Wort u. Schrift unterstützen. Wir unsererseits
werden nicht locker lassen, bis unser Ziel erreicht ist. „Fort mit der Vivisektion!“ aber ist und bleibt unser Wahlspruch. Wer mit uns
eines Sinnes u. noch nicht Mitglied unserer Vereinigung ist, möge sich bald dazu melden, u. zwar nach wie vor: Alwinstrasse No. 8

Grosser Inventur-Ausverkauf.

Infolge Inventur-Aufnahme habe ich einen **grossen Theil** meines Waarenlagers **weit unter Preis**
gestellt und bietet sich deshalb eine **sehr günstige Gelegenheit** — die Niemand versäumen sollte — für **wenig**
Geld seinen Bedarf in:

**Seide, Kleiderstoffe u. Baumwollwaaren,
Wäsche, Teppiche, Gardinen, Buckskins etc.**
zu decken.

Ein Theil der Waaren ist in den Schaufenstern mit den **thatsächlich billigen Preisen**
ausgelegt und wird um gütige Besichtigung derselben gebeten.

M. Schneider,

Kirchgasse 29 und 31.